

## **Referat**

### **Weisungen 7/2022, 8/2022, 116/2022**

### **Leistungsaufträge 2023-2026 und Globalbudgets 2023**

### **Stadtrat**

Es ist der Verwaltung und dem Stadtrat zugute zu halten, dass es schon Phasen gab, in denen die Budgetierung wohl einfacher war wie aktuell. Die geopolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die politische wie die wirtschaftliche Lage in der Schweiz und somit auch für die Uster sind weiterhin schwer abzuschätzen.

Dennoch fällt auf, dass der Stadtrat aufgrund der Erfahrungen aus der Coronakrise davon ausgeht, dass sich die Effekte insbesondere hinsichtlich der Einnahmen nicht negativ auf die Finanzen der Stadt auswirken werden.

Die Ausgangslage hat sich gegenüber von zwei Jahren jedoch in zentralen Punkten geändert, so sind die Notenbanken, getrieben von hohen Inflationsraten zu einer restriktiven Geldpolitik und steigenden Zinsen übergegangen.

Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung risikoreich, da damit einerseits die Konsumkraft zurückgeht und andererseits zurückhaltender investiert wird. Das in den letzten Jahren teils stark gebeutelte (Klein-)Gewerbe wird aufgrund der Kostensteigerungen erneut vor grosse Herausforderungen gestellt. Aber auch Privathaushalte werden die Auswirkungen spüren und insbesondere Wenigverdienende wohl vermehrt Hilfe der Stadt beantragen müssen.

Bereits in unserer Medienmitteilung zum September-Budget haben wir darauf hingewiesen, dass beim Teuerungsausgleich mit Mehrkosten zu rechnen sei. Und prompt verschickte gleichentags der Regierungsrat die Medienmitteilung, dass er den Ausgleich von 1.1 auf 3.5% erhöhen werde. Wie aus dem Novemberbrief zu entnehmen ist, hätte das den damals prognostizierten Gewinn erodieren lassen. Zu diesem Punkt werden wir aber noch später ausgiebiger diskutieren können.

Wäre nicht der weisse Ritter in Form eines Verwaltungsgerichtsurteils erschienen, würde sich die rothaarige Rapunzel im Stadthausturm heute grün ärgern. Nur die Millionen aus der Rückerstattung der Versorgertaxen bescheren uns einen erhofften Gewinn von 4.4 Mio.

Erhofft deshalb, weil der Stadtrat die Einnahmenerwartungen aufgrund der Vorjahre extrapoliert. Wir sind zwar skeptisch, ob der Trend in Zukunft in die gleiche Richtung zeigt. Aber aufgrund des für das kommende Jahr unerwartet stattlichen Gewinns und dem erfolgten Schuldenabbau in den vergangenen Jahren, sind wir zum Schluss gelangt, dass die Steuererhöhung von vor zwei Jahren nicht nötig gewesen wäre und wir heute wieder darauf zurückkommen können. Aber auch dazu kommen wir später.

Die Integration der Schulgesundheit erhöht den Personalaufwand des GF „Primarschule“. Wie hoch der Anteil an den 2.1 Mio ist, lässt sich aus den vorliegenden Unterlagen nicht erkennen. Diesen Aufwendungen stehen 1.5 Mio zusätzliche Einnahmen aus den Leistungen der Klinik gegenüber. Es ist also davon auszugehen, dass aus diesem Bereich ein Defizit zu erwarten ist. Dies entgegen den Beteuerungen seitens der zuständigen Stadträtin, Patricia Bernet, dass die Klinik rentabel betrieben werden kann. Wir erwarten, dass mit der neuen Leistungsgruppe „Schulzahnklinik“ künftig aufgezeigt wird, ob diese positiv oder negativ abschliesst.

Die Heime der Stadt bleiben wohl auf absehbare Zeit ein finanzielles Sorgenkind. Auch für das kommende Jahr wird mit einem Verlust gerechnet. Trotz höheren Taxen und den angegangenen Massnahmen wird sich das Defizit wohl nicht ins Positive kehren lassen. Zudem stehen in den kommenden Jahren massgebliche Investitionen an, um die in die Jahre gekommenen Liegenschaften zu sanieren. Wir erachten es als Aufgabe des Stadtrats künftige Entscheide zur Strategie der Heime nach klaren ökonomischen Massstäben zu fällen und nicht aufgrund der Haltung „weiter wie bisher“.

Die Stabilisierung der Verschuldung im kommenden Jahr ist begrüssenswert. Die mittelfristigen Aussichten bis 2026 zeigen aber einen erneuten Anstieg an. Dies gilt es hinsichtlich der sich ändernden Marktbedingungen kritisch zu hinterfragen: Schulden haben und Schulden machen wird in Zukunft teurer werden. Das zeigt nur schon die überholte Aussage im Bericht, die Stadt könne sich kurzfristig zu negativen Zinsen verschulden. Daher ist die Schuldenbremse für Uster ein wichtiges Anliegen zur langfristigen Gesunderhaltung der städtischen Finanzen.

Die Sekundarschule „mogelt“ sich momentan von Jahr zu Jahr durch die Budgets. Ohne den Druck des, auf das Jahr 2021 hin aufgehobenen, mittelfristigen Ausgleichs, präsentiert Sie einen weiteren Voranschlag mit roten Zahlen. Das im Bericht erwähnte Kostenbewusstsein lässt sich im vorliegenden Voranschlag nicht spüren – die Pflege täte gut daran, auch die Massnahmen zu kommunizieren, mit der Sie die Kostenentwicklung zumindest zu bremsen gedenkt.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion  
Marc Thalmann

Uster, 10.12.2022